

II-3630 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1826 1J

1991 -10- 30

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Wabl, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Vorkommnisse bei Sondergesellschaften

Der österreichische Straßenbauskandal zieht immer weitere Kreise. Die unterzeichneten Abgeordneten haben nun neue Informationen über aufklärungsbedürftige Details aus dem Umfeld der Sondergesellschaften erhalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wegen Vorkommnisse im Umfeld des Bauloses Kellerberg der TAB wurde vom Rechnungshof eine Sachverhaltsdarstellung gegen den Hofrat Tautschnigg eingereicht. Um welche konkrete Causa geht es dabei nach ihren Informationen, hat die Staatsanwaltschaft bereits Ermittlungen aufgenommen und ist erwiesen, daß Hofrat Tautschnigg die angesprochene Korrektur einer Ausschreibung selbst durchgeführt hat?
Wenn nein, von wem wurde Ihren Informationen nach die Korrektur tatsächlich durchgeführt?
Wer aus dem TAB-Vorstand wußte davon?
Über wessen Weisung kam es zu diesem Vorgehen?
2. Ist es richtig, daß es im März 1991 zu einem Gespräch zwischen dem Wirtschaftsminister und dem ehemaligen Generaldirektor von PAG und ASTAG, Heinz Talirz, gekommen ist?
Wenn ja, was war der Gesprächsinhalt?
Ging es unter anderem auch um die Möglichkeit, daß Talirz den Vorsitz in der damals vom Wirtschaftsminister geplanten Straßenbauholding übernehmen könnte?

3. Falls es, wie nun vom Wirtschaftsminister geplant, zur Errichtung einer zentralen Straßenbaugesellschaft als Ersatz für die sechs Sondergesellschaften kommen sollte, welche Einsparungen werden in diesem Fall im Bereich der Vorstandsgehälter erwartet?
Was geschieht mit den derzeit gültigen Vorstandsverträgen innerhalb der Sondergesellschaften?
Welche Abfindungszahlungen und Pensionsprüche würden im Fall der Auflösung anfallen?
4. Am 15.6.1982 beschloß der ASTAG-Aufsichtsrat eine Pauschalentgeltung für aus Wien anreisende Aufsichtsräte bei Vorweis eines Nachweises der Flugzeugbenutzung zugestimmt. Wurden seither bei der ASTAG tatsächlich stets Nachweise für die Flugzeugbenutzung verlangt oder kam es gleichsam automatisch zur Überweisung der Flugpauschale?
Welche Gesamtsumme an Flugpauschalen wurde seither verrechnet?
Für welchen Teil davon existiert ein Nachweis?
Wie lautet die entsprechende Situation bei BAG, PAG und TAB für die Anreise von Aufsichtsräten aus Wien?
Welche Gesamtkosten für die Flugpauschalen sind jeweils in diesen Gesellschaften seit 1982 angefallen?
Welche Teile davon sind jeweils durch Nachweise abgedeckt?
5. Im ASTAG-Aufsichtsrat und in der Öffentlichkeit kam es in den vergangenen Monaten zu Diskussionen über eine Schiedsgerichtstätigkeit des ehemaligen Generaldirektors Heinz Talirz im Bereich Munitionsbunker Hieflau. Wann wurde der PAG-Aufsichtsrat von dieser Tätigkeit informiert?
Was waren die Reaktionen des PAG-Aufsichtsrates auf diese Informationen?
Stand diese Talirz-Tätigkeit im Einklang mit seinem PAG-Vorstandsvertrag?
6. Am 4.1.1991 erschien in der Zeitschrift "Kontakt" eine ganzseitige bezahlte Anzeige der ASFINAG unter dem Titel "ASFINAG - eine Gesellschaft des Bundes für Baufinanzierung" mit einem starken persönlichen Bezug zur Tätigkeit TAB-Generaldirektors und ASFINAG-Leiters Karl Just. Wie teuer kam dieses Inserat, welchen unternehmenspolitischen Sinn verfolgte es, wie steht der Wirtschaftsminister zu derartiger "Eigenwerbung auf Steuerzahlerkosten" und welche Konsequenzen hat er aus diesem Vorgehen gezogen bzw. wird er ziehen?